

AfD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/1368**

Eingang: 16.11.2021

Sanktionierung falsch abgestellter E-Scooter

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	14.12.2021	33.1	x	
Hauptausschuss	11.01.2022	1.1	x	

Der Gemeinderat beschließt:

1. Um Störungen und/oder Gefährdungen durch verbotswidrig abgestellte E-Scooter im öffentlichen Raum zu beseitigen, prüft die Verwaltung alle ihr rechtlich zu Gebote stehenden Maßnahmen gegenüber den Entleihern und gegenüber den Betreibern.
2. Die Verwaltung setzt die erfolgsversprechenden Maßnahmen zeitnah um.

Sachverhalt und Begründung:

An den schier unhaltbaren Zuständen auf Gehwegen und Plätzen, in Anlagen und letztlich teilweise auch auf den Straßen, ausgelöst durch rücksichtslose E-Scooter-Fahrer, hat sich leider nichts geändert (siehe hierzu auch unseren Antrag vom 15.10.2019). Dasselbe gilt auch, wenn E-Scooter nach deren Nutzung einfach gedankenlos „irgendwo und irgendwie“ so abgestellt werden, dass Fußgänger - insbesondere behinderte Menschen -, aber auch Radfahrer und Autofahrer hierdurch gefährdet sind. Hier sei an den Sturz einer sehbehinderten Person durch einen unachtsam abgestellten E-Roller erinnert (Vorgang liegt der Verwaltung vor).

Nach unserer Kenntnis ist bis auf mehr oder weniger erfolgreich durchgeführten Kontrollstreifen seitens des KOD und des Polizeivollzugsdienstes verwaltungsseitig nicht viel geschehen. Diese Situation ist unbefriedigend und damit nicht weiter hinnehmbar.

Gefahrenquellen und Störungen im öffentlichen Raum sind zu beseitigen, und es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, damit solche erst gar nicht weiter entstehen. Unversehrtheit, Gesundheit und Eigentum der Karlsruher Bürger müssen geschützt sowie Recht und Ordnung durchgesetzt werden. Hinsichtlich der Störung durch unberechtigt und behindernd abgestellte E-Scooter müssen jetzt endlich rechtliche Maßnahmen ergriffen werden.

Die Betreiber dieser Fahrzeuge sind hier in der Pflicht. Durch die Vergabe städtischer Konzessionen wurde es ihnen ermöglicht, ihre E-Roller im Stadtgebiet in Verkehr zu bringen. Insoweit tragen sie auch eine Verantwortung hinsichtlich des Gebrauchs dieser Fahrzeuge und der ordnungsgemäßen Abstellung durch die Entleiher. Die Karlsruher erwarten von ihrer Stadt endlich eine Lösung des Problems.

Unterzeichnet von:
Dr. Paul Schmidt
Oliver Schnell,
Ellen Fenrich